

Katholische Pfarrei St. Marien in der Augst, Kirchstr. 5,  
56335 Neuhäusel, [www.augst.de](http://www.augst.de), 02620 954000, [pfarrei@augst.de](mailto:pfarrei@augst.de)

56335 Neuhäusel, 21.09.2020

Abs.: Kath. St. Marien in der Augst, Kirchstr. 5, 56335 Neuhäuel

Herrn  
Bundesaußenminister Heiko Maas  
Auswärtiges Amt  
11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,

durch die langjährige Beziehung der Partnerschaft des Bistums Limburg mit der katholischen Kirche in Kamerun, insbesondere mit dem Bistum Kumbo in der Nordwest-Region, ist uns das Leben der Menschen in Kamerun ein besonderes Anliegen. Die anglophone Krise im Land erschüttert uns immer wieder durch die ungebremsten Gewalttaten und die vielen Opfer unschuldiger Menschen. Weil es in dieser Krise keine erkennbaren Schritte zu einer Lösung gibt, wenden wir uns heute an Sie.

Seit 2016 herrscht in Kamerun der anglophone Konflikt zwischen dem anglophonen Landesteil und der Zentralregierung in Yaoundé. Der Norwegische Flüchtlingsrat hat diesen Konflikt in diesem Jahr erneut auf Platz eins der vergessenen Krisen gesetzt. Seit Ausbruch des Konfliktes haben 679.000 Binnenvertriebene und 58.000 Flüchtlinge außer Landes ihr Zuhause verloren (lt. OCHA – UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten), tausende Menschen haben ihr Leben gelassen, vier Jahrgänge der Schülerinnen und Schüler im anglophonen Landesteil wurden nicht beschult. Die Gewalteskapaden der staatlichen Sicherheitskräfte und die Übergriffe der Rebellengruppen kennen bis heute keine Grenzen und missachten die Würde der Menschen fortwährend.

Das Massaker von Ngarbuh am 21. Februar 2020 erfuhr anders als viele weitere Gräueltaten internationale Aufmerksamkeit. Es ist dem internationalen Druck, u.a. der Intervention von UN-Generalsekretär António Guterres, zu verdanken, dass eine Untersuchungskommission eingesetzt und erstmals ein Abschlussbericht durch die Regierung im Land veröffentlicht wurde. Eine Lösung des Konfliktes ohne die Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft ist nicht erkennbar.

Deutschland ist mit Kamerun historisch verbunden und genießt in Kamerun eine hohe Wertschätzung und Ansehen. Unser Land steht aktuell in der Verantwortung der EU-Ratspräsidentschaft und ist im UN-Sicherheitsrat mit einem Sitz vertreten.

## **WIR BITTEN SIE:**

- Setzen Sie die Lösung der Anglophonen Krise Kameruns auf die Prioritätenliste der deutschen Außenpolitik.
- Nutzen Sie die EU-Ratspräsidentschaft dazu, gemeinsam mit Frankreich eine internationale Strategie für Kamerun zu erarbeiten und einen Mediationsprozess zu starten, der die Konfliktparteien zu einer Lösung auf dem Verhandlungsweg bringt und das Leiden und Sterben unschuldiger Menschen verhindert.
- Bringen Sie den anglophonen Konflikt auf die Agenda des UN-Sicherheitsrates, damit die Völkergemeinschaft die menschenverachtenden Taten verurteilt, die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen (inklusive Wiedergutmachungsmaßnahmen für z.B. zerstörte Dörfer) fordert und sich zum Anwalt für Gerechtigkeit und Aufarbeitung des traumatisierenden Konfliktes macht.

Die kirchlichen Partner in Kamerun nennen als vorrangige Ziele für eine Lösung des Konfliktes

- a. die Erhöhung des Drucks auf die Konfliktparteien einen sofortigen Waffenstillstand zu akzeptieren;
- b. die kamerunische Regierung dazu zu bringen, die Konfliktursachen zu identifizieren und diese anzugehen (besonderes Augenmerk: föderale Strukturen);
- c. der kamerunischen Regierung anzubieten, eine Vermittlerrolle in dem Konflikt zu übernehmen und sie im Hinblick auf einen echten und integrativen Dialog zur Lösung der Krise zu unterstützen unter Einbindung der Afrikanischen Union;
- d. eine Amnestie für englischsprachige Oppositionsführer zu fordern, die nach dem Antiterrorismugesetz von 2014 inhaftiert worden sind;
- e. sich bei der kamerunischen Regierung für die Überarbeitung des Antiterrorismugesetzes von 2014 stark zu machen, sodass dieses internationalen Standards zu Versammlungs- und Meinungsfreiheit entspricht.

Die deutsche Bunderegierung verfügt gerade in diesen Wochen über die Handlungsmacht, konkrete Schritte proaktiv einzuleiten. Wir erwarten von unserer Bundesregierung, dass sie diese Chance nicht verstreichen lässt, ein weiteres Leiden und Sterben unschuldiger Menschen verhindern hilft und Schritte zum Frieden initiativ fördert.

Mit freundlichen Grüßen